

## **Suche nach dem passenden Lehrer**

UNTERRICHTSAUSFALL Forderung nach Pool für Vertretungskräfte in Rheinland-Pfalz / Nachwuchs wartet auf Platz im Studienseminar

Vom 08.10.2010

Von Alexandra Eisen

Mainz. Wenn Karlheinz Knaup, Leiter eines Gymnasiums im Norden von Rheinland-Pfalz, einen Vertretungslehrer sucht, dann ruft er auch schon einmal "in München, Hamburg oder Berlin" an. Denn von der für die Schulen zuständigen Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) in Trier "höre ich meistens, dass sie keinen Lehrer für uns haben", sagt Knaup, der seinen richtigen Namen nicht in der Zeitung lesen möchte, weil er Ärger mit dem Bildungsministerium befürchtet. Karlheinz Knaup steht mit seinem Problem aber nicht alleine da. Immer wieder berichten Schulleiter und -leiterinnen von ihren Problemen bei der Suche nach Vertretungslehrern, wenn aus dem Kollegium jemand ausfällt. Das klassische Beispiel: Lehrerinnen gehen in Mutterschutz, Lehrkräfte nehmen Elternzeit, gehen in Altersteilzeit oder fallen wegen längerer Erkrankung unvorhergesehen aus. Grundschulen behelfen sich in solchen Fällen oft aus dem Pool der sogenannten Feuerwehrlehrkräfte, obwohl das offiziell nicht zulässig ist. Denn diese Vertretungslehrer sollen eigentlich nur für kurze Einsätze über wenige Tage (kurze Erkrankung, Fortbildung, Klassenfahrt) angefordert werden. Andere Schularten aber haben noch nicht einmal diese Möglichkeit. Für sie gibt es keinen Vertretungspool, aus dem sie schöpfen könnten, weder kurz- noch langfristig. Sie haben bei Ausfällen nur zwei Möglichkeiten: die ADD einzuschalten oder sich selbst auf die Suche nach einem Ersatz zu machen. "Wir fordern deshalb einen festen Vertretungspool für alle Schularten", sagt Bettina Dickes, bildungspolitische Sprecherin der rheinland-pfälzischen CDU. Die Union befindet sich damit, was selten ist, auf einer Wellenlänge mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die dies seit Langem anmahnt. Neben einer hundertprozentigen Unterrichtsversorgung fordert die Lehrgewerkschaft eine Vertretungsreserve von "mindestens 5 Prozent".

Für die Mangelfächer gibt es kaum Bewerber

Aber selbst wenn das Land mehr Geld für die Einstellung von Lehrern zur Verfügung stellen wollte, wären derzeit nicht genügend Lehrer auf dem Markt, sagt die GEW. Zum einen gibt es nach wie vor grundsätzlich einen großen Mangel an Lehrern in bestimmten Fächern, vor allem in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Auch in den Sprachen gibt es zunehmend Bedarf. Zum anderen wird jedes Jahr aufgrund begrenzter Kapazitäten in den Studienseminaren nur eine bestimmte Anzahl an Lehrern mit der Ausbildung fertig - obwohl Rheinland-Pfalz die Zahl der Seminarplätze in den vergangenen Jahren schon erhöht hat.

Derzeit gibt es 24 Studienseminare, die über das Land verteilt sind. Erst im vergangenen Jahr wurden zusätzliche Studienseminare in Altenkirchen, Daun und Landau eingerichtet (plus 120 Plätze). Ein weiterer Ausbau der Seminarkapazitäten, nach Informationen dieser Zeitung 180 Plätze für die Lehrämter Realschule plus und Gymnasium, ist für 2011 geplant.

Im Studienseminar absolvieren angehende Lehrer nach ihrem Studium und dem ersten Staatsexamen den zweiten Teil ihrer Ausbildung, den sogenannten Vorbereitungsdienst inklusive Praxis im Unterricht (Referendariat). Danach legen sie das zweite Staatsexamen ab.

2872 Lehramtsanwärter wurden im März 2010 an rheinland-pfälzischen Studienseminaren ausgebildet, 7,7 Prozent mehr als im Vorjahr. "So viele wie nie zuvor", hatte das Statistische Landesamt in Bad Ems im Juni gemeldet. Einen deutlichen Anstieg gab es dabei unter den Seiteneinsteigern, die ins Studienseminar gingen. Diese Akademiker haben zwar kein Lehramtsstudium abgeschlossen, kommen aber aus Bereichen der Mangelfächer und werden im Seminar für diese Fächer qualifiziert. Die meisten Seiteneinsteiger wählten die Lehrfächer Chemie, Physik, Mathematik und Biologie.

Trotz dieser hohen Zahl an Seminarplätzen aber kommen nicht alle angehenden Lehrer mit erstem Staatsexamen sofort zum Zug. "Von 800 Bewerbern für ein Referendariat im Bereich Gymnasien und Integrierter Gesamtschulen wurden nur 200 eingestellt", hatte der Philologenverband zu Beginn des neuen Schuljahres kritisiert. Das Ministerium wies zwar darauf hin, dass allein 200 Bewerbungen wieder zurückgezogen wurden - dennoch bleibt eine Differenz zwischen Nachfrage und Angebot.

Studenten, die keinen Seminarplatz bekommen, überbrücken die Wartezeit oft mit Vertretungsverträgen, die meist auf ein halbes Jahr begrenzt sind. Ein Modell, das die CDU ablehnt: "Das Land muss den Lehramtsstudenten eine Garantie geben, dass sie nach dem ersten Staatsexamen einen Seminarplatz bekommen, sonst besteht die Gefahr, dass sie in andere Bundesländer abwandern, wo es diese Garantien gibt", sagt Bettina Dickes. Dem widerspricht jedoch Jochen Nagel, Vorsitzender der GEW Hessen: "In allen Bundesländern haben Lehramtsstudenten einen Anspruch auf einen Platz im Studienseminar, das bedeutet aber nicht, dass sie diesen sofort und ohne Wartezeit bekommen."

Fakt ist aber auch, dass mancher Lehramtsstudent einen freien Seminarplatz nicht annehmen will, weil dieser in einer unattraktiven Region liegt, und deshalb lieber auf seinen Wunschstandort warten möchte. Eine Einstellung, für die der rheinland-pfälzische GEW-Landesvorsitzende Klaus-Peter Hammer kein Verständnis hat: "Hier geht es um eine Ausbildung von etwa zwei Jahren, das muss man auch in einer unbeliebteren Region durchhalten."

Manche Regionen sind unbeliebt

Mit dem Problem eines unattraktiven Standortes kämpfen nicht nur die Seminare, sondern auch die Schulen. So ist es im Bereich Trier oder Kusel oder im Westerwald grundsätzlich schwerer, Lehrer zu finden, als in Mainz und Rheinhessen - egal ob es sich um eine Planstelle oder eine Vertretungsstelle handelt.

Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, oft gescholten, wenn Lehrerstellen nicht besetzt werden können, wird vom GEW-Chef in Schutz genommen. "Die zuständigen Mitarbeiter arbeiten sehr engagiert, das ist deutlich besser geworden. Aber wenn es keine Lehrer gibt, können sie auch nichts machen." Und wenn es keine offenen Planstellen gibt, können nur Vertretungsverträge abgeschlossen werden.

Nach Auskunft des Mainzer Bildungsministeriums hätten Vertretungskräfte immer das erste oder zweite Staatsexamen. "Die Verträge werden über das gesamte Schuljahr abgeschlossen", erklärt der Sprecher des Ministeriums, Wolf-Jürgen Karle, auf Nachfrage dieser Zeitung. Im Juni dieses Jahres wurden 3115 Vertretungskräfte beschäftigt, nicht alle in Vollzeit. "Die Lehrer mit erstem Staatsexamen verdienen weniger, arbeiten und geben aber Noten wie die fertig ausgebildeten Kollegen und werden als billige Arbeitskräfte ausgenutzt", ärgert sich eine Realschullehrerin aus dem Rhein-Lahn-Kreis.

### Selbstständige Schulen können selbst suchen

Schulen, die freiwillig am "Projekt Erweiterte Selbstständigkeit", kurz PES, teilnehmen, haben die Möglichkeit, mit einem eigenen Budget selbst auf die Suche nach Vertretungslehrern zu gehen. Der Erfolg ist umstritten. Zwar gibt es im Internet ein PES-Portal, über das Bewerber gesucht werden können. "Aber dort findet man viele Leute, die nicht qualifiziert sind, die aus allen möglichen Bereichen kommen. Damit kann man höchstens kurzfristig Ausfälle überbrücken", kritisiert GEW-Chef Hammer. Dennoch solle PES nun so ausgeweitet werden, dass auch langfristige Vertretungen für Mutterschutz und Erziehungszeiten organisiert werden können. "PES kostet 15 Millionen Euro, funktioniert aber nicht", sagt die bildungspolitische Sprecherin der CDU, Bettina Dickes. Der temporäre Unterrichtsausfall an PES-Schulen sei nach ihrer Kenntnis sogar höher als an anderen Schulen.

Genauere Zahlen zum Unterrichtsausfall will das Mainzer Bildungsministerium demnächst vorlegen. Zum Schulstart ging Ministerin Doris Ahnen (SPD) vom Vorjahresniveau, einem Stundenausfall 1,5 Prozent aus - diese Zahl aber wird von allen Lehrerverbänden im Land, von der CDU und nicht zuletzt von den Eltern bezweifelt.